

Erhöhung der Straßenbahntarife von 22 auf 30 Heller.

(Aus Gemeinderatskreisen.)

Wien, 15. Juni.

Der Gemeinderat tritt nächste Woche in die Budgetdebatte ein. Er wird wichtige Beschlüsse zu fassen haben, denn es ist bisher nicht gelungen, eine Form zu finden, um einen unbedeutenden Rest von 14 Millionen Kronen im Hauptvoranschlag für das städtische Verwaltungsjahr 1918/19 zu tilgen. Es ist das erstmal in der Finanzgeschichte der Stadt Wien, daß sich dieser Fall ereignet. Wie der Staat, so sind auch die großen städtischen Gemeinwesen im Kriege vor ungeheure Probleme gestellt worden, und in der Frage der Bedeckung der durch den Krieg hervorgerufenen Auslagen tobt der Streit zwischen den Befürwortern der direkten und der indirekten Steuern sehr lebhafter denn je. Für die Wiener Gemeindeverwaltung hat natürlich die Erhöhung der direkten Steuern auch einen höchst unangenehmen politischen Beigeschmack, und deshalb wird die gegenwärtig am Ruder befindliche Partei alles daran setzen, um den städtischen Haushalt ohne Erhöhung der Umlagen ins Gleichgewicht zu bringen. Zunächst hat sie sich für den Weg der indirekten Steuer entschieden, und zwar, ohne neue Steuerquellen zu erschließen, für eine ausgiebige Erhöhung der Tarife bei der städtischen Straßenbahn, sowie bei den Gas- und Elektrizitätswerken. Insbesondere die erste Maßnahme ist es, die am tiefsten und in die breitesten Kreise der Bevölkerung eingreift. Wenn man sich heute leider abgewöhnt hat, einigen Hellern eine besondere Bedeutung beizumessen, so wird es doch auf den ersten Blick klar, welche Belastung der Einwohnerschaft auferlegt wird, wenn der Tramwaytarif eine Steigerung um 40 Prozent erfährt. Das summiert sich übers Jahr und bei einer mehrköpfigen Familie bald zu einer dreistelligen Zahl in Kronen und spielt eine Rolle im Budget des Mittelstandes und der Arbeiterschaft, über die man trotz der unbedingten Notwendigkeit der Sanierung des kommunalen Budgets nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen kann. Gewiß wird auch die perzentuell nicht minderstarke Steigerung der Abgaben für Gas und elektrisches Licht unangenehm und drückend empfunden werden. Aber hier fällt auch das psychologische Moment ins Gewicht. Die Gas- und die Elektrizitätsrechnung zahlt man nur einmal im Monat, die städtische Straßenbahn verursacht täglich oder fast täglich Auslagen. Auch hat man mit den Gas- und Elektrizitätswerken und deren Organen viel weniger Berührung, als dies bei der Straßenbahn der Fall ist. Man hat nicht heute über das lebensgefährliche Gedränge, morgen über die zunehmende Betriebsunsicherheit Ursache zu klagen. Bald sind es die überlangen Intervalle, dann wieder der frühe Betriebschluß, welche an die Gebuld des Publikums oft übermenschliche Forderungen stellen. Und so werden auch jene Gemeinderäte, die für die Erhöhung der Tarife der städtischen Straßenbahnen in diesem Ausmaße stimmen, daran die Bedingung knüpfen müssen, daß sich dieser Zweig der städtischen Verwaltung weniger als Behörde und mehr als geschäftliches Unternehmen fühlt und alles aufbietet, um dem Publikum das Durchhalten in der lokalen Verkehrsfrage nicht zur Unmöglichkeit zu machen. Es soll nicht verkant werden, daß der Zwang der Verhältnisse auch an die Leitung der städtischen Straßenbahn vorher nie gekannte Anforderungen stellt. Abgesehen von dem Moment der Teuerung, welche aber nur die Rentabilitätsfrage berührt, mangelt es ihr an Arbeitskräften und, was noch viel schlimmer ist, an Material zum Auswechseln oder zur Reparatur. Man fühlt es täglich bei den Fahrten auf der Elektrischen, in welchem Zustande sich bereits die Geleiseanlagen befinden, man spürt es, wie die Wagen schütteln und rütteln, und geradezu trostlos klingt die heute vom Straßenbahndirektor gemachte Vorhersage, daß er im Herbst zu starken Betriebseinschränkungen werde schreiten müssen, wenn es nicht aelinat, das allernotwendigste Material herbeizuschaffen.

Die Gemeinde hat sich bisher vergebens bemüht, von der Regierung die Ermächtigung zur Einhebung kommunaler Zuschläge zur Personaleinkommensteuer zu erlangen und ebenso wurde ihr Vorschlag abgelehnt, städtische Umlagen zu den Kriegsgewinnsteuern einheben zu dürfen. Es sind das natürlich tiefgreifende finanzielle Fragen, denn was man Wien bewilligt, könnte man Prag, Graz, Brünn nicht verweigern, und es hat das Wesen der Personaleinkommensteuer gebildet, daß sie von allen Zuschlägen freigelassen ist, weil man nur auf diese Weise hoffte, diese Steuerquelle entsprechend ergiebig zu machen. Nicht viel anders steht es um die Kriegsgewinnsteuer. In ihrer Not wird die Gemeinde Wien die nach dieser Richtung zielenden Bestrebungen, ihre Einkünfte zu vermehren, auch diesmal wieder zur Geltung zu bringen trachten. Sollte sie wieder abgewiesen werden, dann wird wohl der Frage nähergetreten werden müssen, ob nicht doch die Umlagen zu erhöhen seien. Das müßte natürlicherweise sich auch in einer Steigerung der Mietzinse sofort bemerkbar machen, die ohnedies nach Ablauf der Mieterhöhungverordnung um ein Erleckliches in die Höhe gehen werden. Jedenfalls steht der Gemeinderat vor großen Aufgaben und die Einwohnerschaft wird gut daran tun, der nächstwöchigen Budgetdebatte erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.